

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**10  
80**

# Union in Deutschland

Bonn, den 12. März 1980

## Staatsquote abbauen

Zu den erschreckendsten Entwicklungen von zehn Jahren SPD/FDP-Politik gehört die hemmungslose Ausweitung der Staatsquote, die zu einer dramatischen Verschuldung des Bundes geführt hat. Hier sind die Fakten:

- 1969 hatten wir in Bonn einen Schuldensstand von 14 Mrd. DM, jetzt übersteigt er die 200-Milliarden-Grenze deutlich;
- in den 60er Jahren lag die Staatsquote bei 36 bis 38 v. H., in der zweiten Hälfte der 70er Jahre hat sie sich um rd. 10 Prozentpunkte höher bei etwa 47 v. H. eingependelt. Das bedeutet: Fast jede zweite Mark, die in unserer Volkswirtschaft an Wertschöpfung erwirtschaftet wird, wird heute über die Kassen des Staates umverteilt.

Höherer Staatsanteil, stellt Hansjörg Häfele fest, das bedeutet ein immer weiteres Eindringen des Staates in immer mehr Bereiche des privaten Lebens, weniger Raum für private Initiativen und Entfaltungsmöglichkeiten und damit letztlich ein Weniger an Freiheit. Diese von der SPD/FDP-Koalition betriebene Politik des „mehr Staat“ ist Ausdruck ihres Glaubens an die staatliche Machbarkeit aller Dinge und ihrer falschen Überzeugung von der Überlegenheit staatlicher Bürokratien über Phantasie, Ideenreichtum und Gestaltungskraft des einzelnen. Die Folgen sind immer häufigere Staats-

(Weiter auf Seite 2)

### **BUNDESPARTEI**

Bundesgeschäftsführer Ulf Fink informiert über die Zielgruppenkampagnen

Seite 3

### **STEUERN**

Programm der Union ist familien- und leistungsgerechter

Seite 5

### **BEVÖLKERUNG**

SPD/FDP leben auf Kosten unserer Zukunft

Seite 7

### **LÄRMSCHUTZ**

Gemeinden wehren sich gegen neue Belastungen durch den Bund

Seite 11

### **FACHTAGUNG**

Internationale Politik ist auch globale Gesellschaftspolitik

Seite 13

### **CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN**

Mit Franz Josef Strauß für die Wende in Bonn kämpfen

Seite 15

### **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

Neue Thema-Broschüren

gelber Teil

### **DOKUMENTATION**

Zivilverteidigung heute und morgen / Referat des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Paul-Wilhelm Kolb, auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß

grüner Teil

## Fortsetzung von Seite 1

eingriffe, ausufernde Behördenapparate und eine zunehmend verkümmernende Selbstverantwortlichkeit, also das genaue Gegenteil von Sozialer Marktwirtschaft.

1979 hätte die Bundesregierung, bei ordentlichem volkswirtschaftlichem Wachstum, die Möglichkeit gehabt, diese un-gute Entwicklung umzukehren und eine Politik der Konsolidierung der Staatsfinanzen, des Abbaus des Staatsanteils und einer Senkung der Abgabenlast einzuleiten. Diese Chance wurde vertan.

Die Folgen der sowjetischen Aggression in Afghanistan werden neue Belastungen bringen. Die Konsequenz, stellt Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg fest, kann nur ein drastisch verlangsamtes Wachstum der öffentlichen Haushalte sein. Wir werden uns auf eine vier vor dem Komma in der jährlichen Zu-wachsrate einzustellen haben, statt der in der Vergangenheit üblichen sieben, acht oder neun Prozent.

Außerdem muß der Bund aufhören, ständig neue große Programme auf Kosten der Länder und Gemeinden zu verkünden.

---

## ■ INFORMATION

---

### Gemeinsame Erklärung zum Parlaments-Neubau

Im Zusammenhang mit den Planungen für Parlamentsneubauten am Rhein hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgender interfraktioneller Erklärung zugestimmt:

#### RCDS wählte neuen Vorstand

Stefan Dingerkus ist neuer Vorsitzender des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Der 22jährige Maschinenbaustudent an der Technischen Hochschule Aachen konnte sich bei der Bundesdelegiertenversammlung seiner Organisation in Frankfurt mit 49 Stimmen gegen seinen Konkurrenten Michael Rembeck durchsetzen, der sechs Stimmen erhielt. Acht Delegierte enthielten sich. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Versammlung den 23jährigen Medizinstudenten an der Universität Ulm, Volkhard Schreiner, und den 22jährigen Jurastudenten an der Universität Münster, Andreas Thomsen.

1. Die Fraktionen bekräftigen ihre Absicht, die Arbeitsbedingungen des Parlaments und seiner Mitarbeiter durch geeignete Baumaßnahmen zu verbessern.

2. Die Fraktionen begrüßen die Absicht der Stadt Bonn, einen Bebauungsplan für die Neubauten des Parlaments zu beschließen.

3. Die Fraktionen unterstützen unter Würdigung der Anregungen und Bedenken aus der Bürgerbeteiligung beim Bebauungsplan mit Nachdruck die Absicht der Unterkommission des Ältestenrates, im Fraktions- und Plenarbereich unter Wahrung der Funktionalität und der städtebaulichen Belange das Raumpro-

## Liebe Freunde,

die CDU-Bundespartei wird nach der Serie der Landtagswahlen ab Ende Mai in enger Zusammenarbeit mit ihren Vereinigungen eine umfassende Zielgruppenkampagne starten. Der Schwerpunkt der Kampagne liegt in der Zeit der Sommerferien. Angesprochen werden sollen vor allem

- die 6 Millionen wahlberechtigten Jungwähler im Alter von 18 bis 24 Jahren
- die 23 Millionen wahlberechtigten Frauen sowie
- die 20 Millionen wahlberechtigten Arbeitnehmer, besonders die über 8 Millionen gewerkschaftlich Organisierten.

Weitere Sonderaktionen sind im Bereich des Mittelstandes, der städtischen und ländlichen Bevölkerung vorgesehen.

Mit dieser umfassend angelegten, methodisch und demoskopisch sorgfältig vorbereiteten Zielgruppenkampagne schlägt die CDU ein neues Kapitel in der Geschichte der Bundestagswahlkämpfe auf. Die Zielgruppenkampagne ergänzt die Basiskampagne. Ihnen liegt dasselbe Programm zugrunde. Die Zielgruppenkampagne gibt aber im Unterschied zur Basiskampagne die Möglichkeit, detaillierter auf die jeweils besonders interessierenden Probleme einzugehen. Darüber hinaus kann dem unterschiedlichen Kommunikationsverhalten der Bevölkerung besser Rechnung getragen werden.

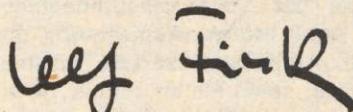
Der Zeitraum der Kampagne ist schwerpunktmäßig in die Zeit der Sommermonate gelegt worden, um die Präsenz der CDU in der für eine Oppositionspartei schwierigen Zeit der Parlamentsferien sicherzustellen.

Die Zielgruppenkampagne gibt den über 700 000 Mitgliedern der CDU und ihren Vereinigungen die Möglichkeit, sich in besonderer Weise für die Ziele der Union zu engagieren. Neben Großveranstaltungen, neuen mobilen Veranstaltungsformen, Texten für Zielgruppenbriefe, Erkennungszeichen, Servicepaketen, Aktionshandbüchern, Flugblättern usw. stellt die CDU-Bundespartei den Vereinigungen kostenlose Grundausstattungen von gezieltem Informationsmaterial zur Verfügung. Ergänzt wird die Kampagne durch eine bundesweite Anzeigenaktion in zielgruppen-spezifischen Medien.

Ich teile Ihnen diese Sommeraktion schon jetzt mit, damit Sie sich darauf vorbereiten können, denn erfahrungsgemäß bedarf es gerade für die Opposition des besonderen Einsatzes ihrer Mitglieder, um der Regierungskoalition auch in der Zeit der Sommerferien Paroli bieten zu können.

Es ist im übrigen mein Bestreben, Sie von jetzt ab regelmäßig im UiD sehr frühzeitig über die geplanten Aktionen der Bundespartei zu unterrichten.

Ihr



(Ulf Fink)

## Fortsetzung von Seite 2

Die Bundesdelegiertenversammlung verabschiedete mit großer Mehrheit einen Leitantrag des Bundesvorstandes mit dem Titel „Wege aus der Orientierungskrise“, in dem die Gründe für Werteverlust und Staatsverdrossenheit bei der heutigen Jugend analysiert und Möglichkeiten der Neuorientierung aufgezeigt werden. Weitere Beschlüsse des RCDS betrafen Maßnahmen der Studienreform, des Bundesausbildungsförderungsgesetzes und der Sicherung von Frieden und Freiheit in der Welt.

## Helmut Kohl gratuliert Oswald von Nell-Breuning

Helmut Kohl hat Professor Dr. Oswald von Nell-Breuning SJ zur Vollendung des 90. Lebensjahres in einem Schreiben herzlich gratuliert. In seinem Brief heißt es u. a.: „Sie haben wesentlich zur verstärkten Ausformung des sozialen Gedankens in der Marktwirtschaft beigetragen und deutlich gemacht, daß die katholische Soziallehre auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen ihre volle Gültigkeit behält. Sie haben damit vielen ein Beispiel gegeben, aus der rein pragmatischen Behandlung der Probleme weiter zu stärkeren geistigen Grundlagen zurückzufinden.“

## Ohne 4 % Wachstum kein Abbau der Arbeitslosigkeit

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid), obwohl die Arbeitsmarktzahlen diesmal etwas besser seien als im Januar, seien nach wie vor bei uns rund eine Million Menschen ohne Arbeit. Es zeige sich

jetzt, daß es von der Regierung ein Trugschluß war, im letzten Jahr den Eindruck zu verbreiten, die Vollbeschäftigung sei fast erreicht.

Angesichts der Tatsache, daß das Erwerbspotential 1980 aufgrund der demographischen Entwicklung um 134 000 (darunter 22 000 Ausländer) auf 24,9 Millionen ansteigen wird, muß man bei dem erwarteten Wirtschaftswachstum von 2,5 % davon ausgehen, daß wir in diesem Jahr rund eine Million Arbeitslose haben werden. Erreichen wir nur ein Wirtschaftswachstum von 1,5 %, wird die Zahl der Erwerbspersonen um ca. 200 000 sinken und die Zahl der Arbeitslosen sogar auf 1,1 Millionen im Jahresdurchschnitt ansteigen. Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, brauchen wir ein Wirtschaftswachstum von über 4 %, wenn nicht zusätzlich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden.

## Besuch aus Marokko

Auf Einladung von Helmut Kohl hielt sich eine Delegation der größten marokkanischen Regierungspartei, des Rassemblement National des Indépendants, unter Leitung ihres Vorsitzenden, Ministerpräsident a. D. Ahmed Osman, in Bonn auf. Bei den außen- und sicherheitspolitischen Erörterungen kamen die Vertreter beider Parteien zu einer weitgehend übereinstimmenden Einschätzung der globalen hegemonialen Bedrohung und der Gefahren, die sich nach der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion für die Freiheit der Völker, besonders diejenigen der Dritten Welt, ergeben. Es wurde vereinbart, daß zwischen dem Rassemblement National des Indépendants und der CDU künftig ein regelmäßiger und stetiger Kontakt auch zu wichtigen Fachfragen stattfinden soll.

## ■ STEUERN

# Programm der Union ist familien- und leistungsgerechter

**1976 haben wir eine Renten-täuschung erlebt. Vor der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen im Jahre 1970 haben wir eine Steuertäuschung erlebt. Es darf nicht so weit kommen, daß das Jahr 1980 zu einer Finanztäuschung wird, dem gegenüber die Rententäuschung von 1976 und die Steuertäuschung von 1970 nur kleine Vorspiele gewesen sein könnten, erklärte MdB Hansjörg Häfele in der Steuerdebatte im Deutschen Bundestag.**

Der CDU/CSU-Antrag zielt auf den Abbau von heimlichen Steuererhöhungen, wie sie durch das Zusammenwirken von Inflation und Progression entstehen. Seit ihrem Fraktionsbeschuß vom 31. Juli 1973 ist das Verhindern heimlicher Steuererhöhungen das Hauptziel der Steuerpolitik der CDU/CSU. Die Leistungs- und Investitionsbereitschaft soll dadurch erhalten bleiben. 1980 ist ein neues Rekordjahr heimlicher Steuererhöhungen. Die Lohnsteuer wächst fast doppelt so stark wie die Bruttolohn- und -gehaltssumme. Von einer Mark Lohnerhöhung erhält der durchschnittliche Arbeitnehmer nur 50 Pfennige auf die Hand. Infolge der Lohnnebenkosten kostet die Mark Lohnerhöhung dem Betrieb in Wirklichkeit 1,70 DM. Dies wirkt leistungs- und investitionshemmend.

Es wäre besser gewesen, dem Unionsantrag schon für 1980 zu folgen und die heimlichen Steuererhöhungen im laufenden Jahr zu verhindern. Dies hätte auch den Vorzug gehabt, den maßvollen Antrag mit einer Entlastung von 6,5 Mrd. DM, beim Bund von 2 bis 3 Mrd. DM, rechtzeitig in die Haushaltspannung einzubeziehen. Bei den Anträgen für 1981 ist dies nicht der Fall.

Der verbesserte Einkommensteuertarif, den die Union für 1981 beantragt, ist leistungsfreundlicher als der von der Koalition beantragte. Er ist zugleich ein Schritt zu dem echten Reformtarif, welcher einen niedrigeren Eingangssteuersatz und eine durchgehende sanfte Progression haben muß. Der Antrag der Koalition bewirkt wiederum nur eine kurzfristige Lockerungsübung für einen kleinen Teil der Steuerzahler, welche mit einer Verschärfung des Anstiegs der Progression für aufstrebende Mittelschichten erkauft wird.

Der Anstieg der Grenzsteuersätze und damit der heimlichen Steuererhöhungen ist nach dem Vorschlag der Koalition fast überall stärker als nach dem der CDU/CSU und als nach dem bisherigen Tarif. Es ist ein falscher Ansatz, das Hauptproblem unseres Steuerrechts, die zu steile Progression, dadurch angehen zu wollen, daß ein kleiner Teil der Steuerzahler vorübergehend wieder in die Proportionalzone gelangt.

Der Vorschlag der CDU/CSU ist auch familienfreundlicher als der der Koalition. Neben der Anpassung des Kindergeldes ist ein, zunächst bescheidener, Kinderfreibetrag vorgesehen. Auch für die Familie muß der Grundsatz gelten, daß die Besteuerung auf die persönliche Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmen muß. Es gibt unzählige Freibeträge und Befreiungen im Steuerrecht, welche die Progression mildern. Auch die Koalition will in ihrem Antrag zusätzlich die Progression mildern durch die Anhebung des Weihnachtsfreibetrages, der Sonderausgabenhöchstsätze und des Haushaltspflichtigen — lauter vernünftige Ziele. Erst vor einem Jahr hat die Regierung das Realsplitting für unterhaltpflichtige getrennte oder geschiedene Ehepartner eingeführt, was natürlich ebenfalls progressionsmildern wirkt.

Es ist widersprüchlich, ausgerechnet Familien mit Kindern, welche mit viel Steuern belastet sind, so zu behandeln, als wenn sie nur wenig Steuern zahlen würden. Familien mit Kindern sind nicht so leistungsfähig wie Eheleute ohne Kinder. Wer z. B. 3 000 DM Einkommen hat und Kinder unterhält, darf steuerlich nicht ebenso belastet werden wie Kinderlose. Nach dem Gleichheitssatz muß Gleiche mit Gleichen verglichen werden, aber nicht Gleiche mit Ungleichen. Die Ideologie des Neides und der Gleichmacherei führt nirgendwo zu sachgerechten Lösungen. Es muß wieder gelten: Familienpflicht vor Steuerpflicht.

In der praktischen Wirklichkeit geht das Argument der Koalition, die „Reichen“ dürfen nicht begünstigt werden, völlig daneben. Tatsächlich geht es darum, die breite Mittelschicht mit Kindern in der Steuerprogression zu entlasten.

Dies erreicht der Kinderabzugsbetrag der Koalition nicht. In Wirklichkeit beabsichtigt die Regierung beim Kinderabzugsbetrag, die Lasten auf die Länder und Gemeinden zu verschieben. Die von der Koalition vorgesehene Beseitigung des Kinderbetreuungsbetrages wird die Zustimmung der CDU/CSU erst erhalten, wenn die Kinderfreibeträge wieder eingeführt sind. In der Zwischenzeit muß der Kinderbetreuungsbetrag möglichst nachweisfrei und unbürokratisch gehandhabt werden.

Durch die Übernahme der Ertragsteuerbilanzwerte in die Vermögensteuer soll die ertragsunabhängige Besteuerung gemildert und damit die Investitionskraft der Betriebe gestärkt werden. Zusammengenommen ist der Antrag der CDU/CSU leistungs-, familien- und investitionsfreundlicher als der der Koalition.

Selbstverständlich muß die Steuerpolitik eingebettet werden in die Haushaltspolitik. Der Bundesfinanzminister hat in seinem „Alarmbrief“ vom 31. Januar 1980 zum ersten Mal einen Einblick in die Lage gegeben, wie sie infolge der abenteuerlichen Staatsverschuldung ist und vor allem ab 1981 sein wird. Zugleich verkündet er aber, im Gegensatz zur FDP, daß keinerlei Abstriche bei der vorgesehenen Steuerentlastung 1981 in Betracht kämen. Über die bisher für 1981 vorgesehene Neuverschuldung von 27 Mrd. DM hinaus muß aus den verschiedensten Gründen mit einer Mehrbelastung des Bundes im kommenden Jahr von etwa 10 Mrd. DM gerechnet werden.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Bundesregierung 1979, bei ordentlichem Wachstum, die Chance verpaßt hat, eine Politik der Konsolidierung der Schulden einzuleiten.

## ■ BEVÖLKERUNGSPOLITIK

# SPD und FDP leben auf Kosten unserer Zukunft

**Die Große Anfrage der CDU/CSU zu den Grundproblemen der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland war notwendig, um die Regierung zu zwingen, endlich zu diesem für unsere Zukunft wichtigen Thema Stellung zu nehmen. Es ist kennzeichnend für die Regierungspolitik, zu zentralen politischen Fragen entweder zu schweigen oder öffentlich nur dann zu reagieren, wenn die Opposition eine Debatte erzwingt, erklärte MdB Gerd Langguth.**

Worum ging es uns mit dieser Großen Anfrage?

— Wir wollen auf die Situation der Familien mit Kindern aufmerksam machen. Diese hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, nicht nur finanziell. Kinderreichtum bedeutet sehr häufig sozialen Abstieg. Das ist unsozial!

— Wir wollen die Regierung und die deutsche Öffentlichkeit auf den dramatischen Geburtenrückgang und seine Folgen hinweisen.

— Wir wollen eine politische Debatte darüber auslösen, ob wir in unserer Gesellschaft eigentlich genug tun für unsere Zukunft, konkret: für unsere Kinder und Kindeskinde. Denn auch dies ist zu einem Zeichen der SPD/FDP-Politik geworden: sie lebt vom Kapital der Vergangenheit und auf Kosten der Zu-

kunft. Sie betreibt eine Politik, die nur auf die Interessen der Gegenwart fixiert ist.

Seit Ende der sechziger Jahre sieht sich die Bundesrepublik Deutschland mit einem dramatischen Geburtenrückgang konfrontiert. Wurden im Jahre 1965 noch 1 044 000 Lebendgeborene registriert, so waren es 1978 nur noch etwa die Hälfte, nämlich 573 000. 1978 überstieg die Zahl der Sterbefälle jene der Geburten um etwa 150 000. Die Bevölkerung hat seit 1972 insgesamt um etwa eine Million abgenommen. Für die deutsche Bevölkerung allein betrug das Geburtendefizit 1975 rund 239 000 und 1976 rund 210 000. Das entspricht etwa der Bevölkerung von Städten wie Wiesbaden oder Kiel.

Das gegenwärtige generative Verhalten auch künftig vorausgesetzt, geht die deutsche Bevölkerung bis zum Jahr 2000 auf 52 Mio. zurück und bis zum Jahre 2030 auf 39 Mio. Bei einem weiteren Absinken der Geburtenhäufigkeit auf das heutige Niveau einer Reihe von Großstädten ist für das Jahr 2030 sogar mit nicht sehr viel mehr als 30 Mio. Bevölkerung zu rechnen. Gegenwärtig haben wir rund 58 Mio. Einwohner.

Kurzfristig bringt der Geburtenrückgang zwar einige materielle Vorteile: sinkende Ausgaben für das Kindergeld, Kindergärten und das Bildungssystem können die öffentlichen Kassen, zunächst damit auch die Steuerzahler,

entlasten. Diesen kurzfristigen Vorteilen stehen jedoch in langfristiger Perspektive schwere Nachteile und Probleme gegenüber:

— So in der Sozialpolitik. Hier ergeben sich für die gesetzliche Rentenversicherung aus dem Geburtenrückgang ernsthafte Probleme, weil deren Finanzierung im Umlageverfahren erfolgt. Wenn der Generationenvertrag nicht eingehalten wird, stehen in Zukunft immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentnern gegenüber.

## Ab 1990 fehlen Arbeitskräfte

— Auch für die Infrastruktur ergeben sich durch den Geburtenrückgang zwangsläufig Konsequenzen. Es ist schon mittelfristig eine Landflucht zu erwarten, weil bei Rückgang der Bevölkerung ein Arbeitskräftemangel vor allem auch in den Ballungsgebieten eintritt — und zwar ab den Jahren 1990, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge ins Erwerbsleben eintreten.

— Vorausschätzungen haben ergeben, daß — bei Anhalten des Bevölkerungsrückganges — der Arbeitskräftebedarf auch künftig nur dann gedeckt werden kann, wenn noch viel mehr Ausländer als Arbeitnehmer in der Bundesrepublik eine Arbeitsstätte und damit sehr häufig eine dauernde Bleibe erhalten. Hieraus resultieren jedoch eine Fülle von Problemen, da nach unserer Auffassung die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland sein kann.

Im Jahr 2030 werden nach einem Rechenmodell, das die Bundesregierung selbst veröffentlichte, möglicherweise rund 12 Mio. Ausländer in der Bundes-

republik leben, bei möglicherweise 32 Mio. deutscher Bevölkerung.

— Ein weiteres ernsthaftes Problem ist, daß die Bevölkerung „altert“, d. h., daß das Verhältnis der Erwerbstätigen zur älteren Bevölkerung ständig abnimmt. Die Bundesregierung ist nicht bereit anzuerkennen, daß eine eines Tages eintretende Überalterung der Gesellschaft auch zu einer Verschärfung des Generationenkonfliktes führen kann.

— Der für die Union wichtigste Aspekt sind jedoch die sozial-psychologischen Folgen des Bevölkerungsrückganges, die zu sozialen und emotionalen Defiziten bei vielen Einzelkindern und bei vielen kinderlosen Familien führen können — der Verlust an Wärme, Hoffnung und Zukunft in einer mehr und mehr kinderlosen Gesellschaft.

## Kein Selbstzweck

Es geht nicht darum, ein bestimmtes Wachstum, einen bestimmten Bestand der Bevölkerung als Selbstzweck anzustreben. Das wäre nicht vernünftig, nicht möglich, nicht nötig. Es geht um zweierlei:

1. Die Politik muß die Folgen des Geburtenrückganges auf die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft erkennen und sich rechtzeitig darauf einzustellen. Später ist es zu spät. Sonst werden die Systeme der sozialen Sicherung großen, irreparablen Schaden nehmen. Sich rechtzeitig darauf einzustellen ist ein Gebot der politischen Klugheit.

2. Die Politik muß kinder- und familienfreundlich sein und damit beitragen, daß die Eltern ihren Kinderwunsch auch tatsächlich realisieren können.

## ■ KOALITION

### Judo-FDP oder liberale FDP?

Die FDP ist in ihrer Haltung zum eigenen politischen Nachwuchs gespalten. Während Parteichef Genscher die Judos „in einer nie dagewesenen Ferne zur FDP“ sieht, preisen eine Reihe von FDP-Bundestagsabgeordneten in warmen Worten die „unbequemen Forderungen“ der Partejugend, deren Mitarbeit die FDP auch weiterhin brauche. Darüber, daß die Judos mit diesen Forderungen — Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft, Streichung des im Grundgesetz verankerten Wiedervereinigungsgebots, Legalisierung des Haschischkonsums, rechtliche Gleichstellung aller „gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften“ mit der Ehe — die Grenze zur politischen Unzurechnungsfähigkeit schon seit einiger Zeit überschritten haben, gibt es nirgendwo mehr einen Zweifel. Um so bemerkenswerter ist aber, daß es innerhalb der FDP überhaupt noch Diskussionen über diesen „Nachwuchs“ gibt, der sich vornehmlich als Schickeria-Ausgabe der Jungsozialisten darstellt. Sind die Judos am Ende also doch die „FDP der 80er Jahre, die schon jetzt sagen, was die Partei erst nach weiteren Wahlgängen offenbaren kann“, fragte Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion.

### Wieder ein Fehlschlag

Zur Abwicklung des Eigenkapitalhilfeprogramms der Bundesregierung erklärten Hansheinz Hauser, Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand, und Elmar Pieroth, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft

der Bundestagsfraktion, die von der Bundesregierung veröffentlichten Zahlen bewiesen, daß dieses Programm ein kapitaler Fehlschlag sei. Statt der angekündigten 10 000 Hilfen pro Jahr gebe es nun nur 887 Bewilligungen pro Halbjahr. Der Grund: Das Programm sei zu bürokratisch, kompliziert und schwierig. Es sei zu wenig auf die Bedürfnisse des Mittelstandes und der freien Berufe zugeschnitten. Es zeige sich, daß der Mittelstand nach wie vor nicht auf Subventionsfang aus sei, sondern die Förderung der Eigenkapitalbildung über steuerliche Maßnahmen vorziehe. Deshalb sei der Antrag der CDU/CSU zur Förderung des Existenzsparens (steuerfreies fünfjähriges Ansparn von 5 000 DM pro Jahr) die weitaus bessere und praktikablere Alternative. Das Argument der Bundesregierung, ihre „Eigenkapitalhilfen“ wirkten „schneller“, sei widerlegt. Hauser und Pieroth forderten die Bundesregierung auf, dem Vorschlag der Verbände nachzukommen und dem Antrag der CDU/CSU in den anstehenden parlamentarischen Beratungen zuzustimmen: „Nur wenn der normale Existenzgründer genügend Eigenkapital angespart hat, wird er in der Lage sein, die Eigenkapitalhilfe überhaupt in Anspruch zu nehmen.“

### Jusos fördern Drogensucht

Zu der von den Jungsozialisten in Bonn propagierten Legalisierung der sogenannten weichen Drogen, erklärt der stellvertretende Sprecher der CDU, Christoph Müllerleile: Die Verharmlosung des Drogenkonsums geht weiter. Nach den Jungdemokraten plädiert nun auch die SPD-Jugendorganisation auf der Grundlage von wenig repräsentativen wissenschaftlichen Gutachten dafür, jungen Leuten den Einstieg in den Drogenkonsum so leicht wie möglich zu

machen. Erfahrene Jugendpädagogen weisen immer wieder darauf hin, daß der internationale Drogenhandel sich mit sogenannten weichen Drogen Zugang zu jungen Leuten verschafft, um sie leichter an gefährliche Suchtmittel heranführen zu können. Als ob Hunderte von Drogentoten pro Jahr noch nicht ausreichten, biedern sich die Jungsozialisten bei der Jugend damit an, daß sie ihnen ungetrübten Genuß in Aussicht stellen. Die CDU wird alles tun, gewissenlosen Dealern das Handwerk zu legen und die Bevölkerung über Drogen aufzuklären. Eine Freigabe von Drogen ist indiskutabel.

## **SPD/FDP schrieben von der Union ab**

Zu dem am 28. Februar 1980 von SPD/FDP vorgelegten Entwurf zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhard, der jetzt eilig nachgeschobene Gesetzentwurf von SPD und FDP sei ein Armutszeugnis besonderer Art.

In vier Positionen (verschuldensunabhängiger Schadenersatzanspruch, Konkretisierung der Weitergabe von Daten, Gebührenfreiheit bei Auskunftserteilung, Datenschutzkontrolle im nichtöffentlichen Bereich) seien die Vorschläge der Union offensichtlich einfach abgeschrieben worden. Lediglich bei der Verschärfung der Aufsichtsbefugnisse der Datenschutzbeauftragten hätten sich die Koalitionsbeauftragten etwas Eigenes einfallen lassen. Dieser Vorschlag aber führe nur zu noch mehr Bürokratismus.

In dem seit mehr als einem Jahr von der FDP lauthals geforderten Grundrecht auf Datenschutz sind SPD und FDP heillos zerstritten. Der dilettanti-

sche Gesetzentwurf zeigt, daß SPD und FDP auch auf dem Gebiet des Datenschutzes nichts zuwege bringen. Wenn es ihnen ernst mit dem Datenschutz wäre, bräuchten sie nur dem Gesetzentwurf der Union zustimmen.

## **IG Metall unterliegt Strauß erneut**

Die IG Metall ist vor dem Münchner Landgericht dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß erneut unterlegen. Sie darf das dem bayerischen Ministerpräsidenten zugeschriebene Zitat aus einer Sonthofener Rede („und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen“) nicht mehr unerläutert veröffentlichen und verbreiten. Wie der Anwalt der IG Metall, Gerd Nies, erläuterte, muß die Gewerkschaft bei Verwendung der Passage hinzufügen, der zitierte Satz stehe im Text in Zusammenhang mit Ausführungen über den politischen Terrorismus in Deutschland und beziehe sich auf die „Baader-Meinhof-Bande“. Bereits im Wege der einstweiligen Anordnung hatte Strauß recht bekommen. Während die Gewerkschaft dagegen keine Rechtsmittel eingelegt hatte, legt sie nun Berufung ein.

## **Scharfe Unionskritik an Verfassungsrichter Hirsch**

Die CDU/CSU hat den Richter am Bundesverfassungsgericht, Martin Hirsch, kritisiert, weil er den Vorsitzenden Posten der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen übernommen hat. Der CDU-Abgeordnete Klein erklärte, damit stelle sich die Frage nach dem Selbstverständnis eines Richters. Parteilichkeit lasse sich kaum deutlicher demonstrieren. Hirsch schade dem Ansehen des Verfassungsgerichts.

## ■ LÄRMSCHUTZ / GEMEINDEFINANZEN

# Gemeinden wehren sich gegen neue Belastungen durch den Bund

**Der Bundestag hat das Verkehrs lärm schutzgesetz bei nur vier Gegenstimmen in Zweiter und Dritter Lesung beschlossen. Im Kern fordert dieses Gesetz, daß der Lärmpegel bestimmte Grenzwerte nicht überschreiten darf. Andernfalls haben die Bürger gegenüber dem Staat einen Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen.**

Die Fraktion der CDU/CSU geht bei ihrer Bewertung des Verkehrs lärm schutzgesetzes von der Tatsache aus, daß der Gesetzgeber hier Neuland betritt — mit allen Risiken möglicher Fehleinschätzungen. Die Notwendigkeit dieses Gesetzes im Kampf gegen den Verkehrslärm wird von der CDU/CSU voll anerkannt. In diesem Gesetz wird jedoch nur der passive Lärm geregelt. Eine umfassende Lösung aller Probleme des Verkehrslärms kann auch dieses Gesetz nicht bieten, erklärte MdB August Hanz. Jedoch ist es ein wichtiger und notwendiger Schritt (siehe auch UiD 7/80).

In der Bundestagsdebatte zum Verkehrs lärm schutzgesetz und zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes hat MdB Horst Waffenschmidt Auswirkungen des neuen Lärm schutzgesetzes auf die Städte, Gemeinden und Kreise angesprochen und die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begründet, die Kürzungen

des Haushaltsstrukturgesetzes beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wieder rückgängig zu machen.

Das Verkehrs lärm schutzgesetz führt zu großen finanziellen Belastungen bei den Städten, Gemeinden und Kreisen. Nach vorliegenden Kostenrechnungen wird der kommunale Bereich jährlich mit über 600 Millionen DM belastet. Wenn das Finanzministerium schon jetzt mögliche Finanzhilfen des Bundes abzieht, so sind das unrealistische Angaben zu Lasten der Gemeinden, weil die Zuschüsse nur bewilligt werden, solange die knappe Finanzmasse reicht.

Die CDU/CSU-Fraktion hat daher von Anfang an darauf bestanden, daß für diese wichtige Aufgabe Finanzhilfen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bewilligt werden sollen. Leider hatte der Regierungsentwurf den wichtigen Lärm schutz an den bestehenden kommunalen Straßen ganz außer acht gelassen. Der Regierungsentwurf war in diesem Bereich völlig unzulänglich; bekanntlich werden die Gemeinden in wachsendem Maße durch unterschiedliche Gerichtsurteile zu Lärm schutz verpflichtet, aufgrund des Bundesimmissionsschutzgesetzes.

Es ist für die CDU/CSU-Fraktion immerhin ein wichtiger Erfolg, daß wir eine klare Regelung für den Lärm schutz an Kommunalstraßen durchgesetzt haben, und daß das GVFG auch für diese Aufgaben geöffnet werden konnte.

Mit unserer Initiative möchten wir die Erhöhung der Mittel nach dem GVFG um jährlich 260 Mio. DM erreichen. Die Kürzungen nach dem Haushaltsgesetz von 1975 sollen rückgängig gemacht werden, um die notwendigen Maßnahmen auch an den kommunalen Straßen finanzieren zu können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertrett auch bei diesem Gesetz mit Nachdruck den Standpunkt: Wenn durch Bundesgesetze finanzielle Lasten für die Städte, Gemeinden und Kreise entstehen, muß sich der Bund auch um die Finanzierung dieser Aufgaben bemühen. Es dürfen auf Bundesebene nicht einfach Gesetze zu Lasten der Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise beschlossen werden.

Wenn demgegenüber die Bundesregierung und die Koalition die Ansicht vertreten, der gesamte Lärmschutz an kommunalen Straßen sei aus dem jetzigen Finanzvolumen des GVFG zu finanzieren, so ist dies eine völlig unrealistische Rechnung. Denn hier heißt ja nicht einfach nur die Alternative: Weniger Kilometer Straße, dafür mehr Lärmschutz. Im innergemeindlichen Bereich müssen zahlreiche verkehrspolitische Ziele mit diesem Geld gefördert werden.

Für viele dieser Aufgaben wird künftig weniger oder gar kein Geld zur Verfügung stehen, wenn aus dieser Finanzkasse der Lärmschutz bezahlt werden muß. Da alle Zuschüsse nach GVFG nur bewilligt werden, soweit das Finanzvolumen reicht, werden wahrscheinlich künftig auch manche Lärmschutzmaßnahmen finanziell nicht bedient werden können, weil das Geld nicht ausreicht. Nach Auskunft von Bewilligungsbehörden sind Haushaltsreste, die es früher einmal in diesem Bereich gab, längst nicht mehr verfügbar, meistens sind

Haushaltsmittel in größerem Umfang auf Jahre gebunden.

Wenn also unsere Initiative zum GVFG nach wie vor von der Koalition abgelehnt wird, werden am selben Tag, an dem das Verkehrslärmschutzgesetz verabschiedet wird, schon wichtige Einschränkungen für seine Durchführung faktisch festgelegt. Dies ist im Grunde eine völlig unredliche Politik.

Auch wir wissen, daß aufgrund der weltpolitischen Situation und neuer Anforderungen an den Bundeshaushalt die gesamte Finanzlage schwierig geworden ist und auch über die Aufteilung von finanziellen Lasten in manchen Bereichen neu gesprochen werden muß. Aber diese Erkenntnis darf nicht dazu führen, daß auf Bundesebene ein Gesetz nach dem anderen mit neuen finanziellen Lasten für die kommunalen Körperschaften beschlossen wird, ohne die Finanzierung sicherzustellen. Durch das neue Jugendhilferecht und eine Novelle zum Sozialhilfegesetz kommen weitere Milliardenlasten auf die Städte, Gemeinden und Kreise zu.

## Bundesregierung muß sparen lernen

Bei diesen großen Lasten ist die finanzielle Mitverantwortung des Bundes gefordert. Die Bundesregierung muß endlich lernen, selbst zu sparen und nicht nur Länder und Gemeinden zur Kasse zu bitten. Der Union wird immer entgegengehalten: Wir haben das Geld nicht. Will allerdings die Koalition irgendeinen spektakulären Plan durchführen, so ist das Geld dafür plötzlich da. Auch muß klar festgestellt werden: Es ist nicht Aufgabe der Städte und Gemeinden, kommunale Steuern und Abgaben anzuheben, um damit Bundesgesetze zu bezahlen.

## AUSSENPOLITISCHE FACHTAGUNG

# Internationale Politik ist auch globale Gesellschaftspolitik

**Unter dem Leithema „Frieden in Freiheit sichern“ veranstaltete die CDU am 4. und 5. März 1980 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eine wissenschaftliche Fachtagung zu grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik. Zu der Veranstaltung kamen über 700 Teilnehmer, darunter Vertreter befreundeter Parteien aus vielen Ländern, Journalisten, Wissenschaftler und Vertreter der in Bonn akkreditierten Botschaften.**

In seinem einleitenden Beitrag forderte Generalsekretär Heiner Geißler eine „geistige Offensive“ des Westens, der seine Leistungen besonders in der Dritten Welt herausstellen solle, um Einfluß zu nehmen auf gesellschaftliche Entwicklung und Meinungsbildung. Dieses Feld dürfe nicht weiterhin den Propagandaabteilungen der östlichen Botschaften überlassen werden.

Der Berater des früheren amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, Helmut Sonnenfeld, analysierte die Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zugunsten Moskaus in den letzten Jahren und sprach von der „gefährlichsten und sorgenvollsten Phase“ seit dem 2. Weltkrieg. Eindringlich warnte er davor, Frieden als etwas Statisches anzusehen. Entspannungspolitik könne „auch gefährlich sein“, wenn sie unsere Interessen nicht sichert.

Der amerikanische Politologe William Griffith (Cambridge/Massachusetts), der über Entwicklungsperspektiven der Sowjetunion berichtete, vertrat die These, das Verhältnis zwischen Ost und West werde in den nächsten Jahrzehnten durch mehr Wettbewerb und weniger Zusammenarbeit gekennzeichnet sein.

Da der Westen teilweise identische Interessen mit der Volksrepublik China habe, forderte der Saarbrücker Professor Jürgen Domes eine Zusammenarbeit auf der Basis von Selbstbewußtsein, Würde und Nüchternheit, warnte aber auch vor Illusionen über das chinesische Machtpotential.

„Es gibt wenige Worte, die den Menschen in seinen tiefsten und besten Empfindungen so anrühren und bewegen wie das Wort Frieden. In allen Sprachen der Welt drückt es das Verlangen des Menschen nach dauerhafter, aufrichtiger und gerechter Harmonie in seiner Umwelt aus.“ Mit diesen Worten leitete MdB Alois Mertes den zweiten Abschnitt des Kongresses unter dem Titel „Friede und Gleichgewicht“ ein.

Der frühere Botschafter Professor Dr. Wilhelm Grewe, Bonn, führte aus, daß in der wirtschaftlichen Macht des Westens sein größter Aktivposten liege. In einer akuten Krisensituation verliere dieser Vorteil jedoch an Gewicht, denn das Fehlen militärischer Machtmittel

könne dazu führen, „daß der Einsatz wirtschaftlicher Machtmittel zu spät kommt“.

Der Leiter des Londoner Instituts für strategische Studien, Dr. Christoph Bertram, bezeichnete die enge politische Bindung zwischen den USA und Europa als entscheidende Grundlage der westlichen Allianz.

Der als Kenner der arabischen Welt ausgewiesene Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, Dr. Arnold Hottinger, empfahl dem Westen im wohlverstandenen Eigeninteresse, gegenüber den arabischen Staaten eine Politik der Enthaltung zu betreiben und alles zu tun, was er könne, um einen positiven Ausgang der „muslimischen Aufbauexperimente“ zu begünstigen, auf deren Fehlschlag die Sowjetunion spekuliere.

Richard von Weizsäcker wies darauf hin, daß der Versuch Moskaus, sich als „natürlicher Verbündeter“ der Dritten Welt aufzuspielen, nach Afghanistan gescheitert sei. Obwohl aber der Westen 95 % der Exporte aus der Dritten Welt kauft und 40mal mehr Entwicklungshilfe leistet als der Warschauer Pakt, könne auch er eine solche Rolle nicht übernehmen.

Professor Dr. Karl W. Deutsch aus Harvard zeichnete ein düsteres Bild über die weltpolitische Entwicklung vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden Nord-Süd-Konfliktes. Die Bevölkerungsentwicklung beinhaltet die Gefahr von großen Hungerkatastrophen, und verzweifelte Situationen in manchen Ländern „werden zu Regierungen von Desperados führen“.

Für Entwicklungspolitik als Demokratiepolitik sprach sich Professor Dr. Theodor Hanf aus Frankfurt aus; er kritisierte eine technokratische Entwicklungspolitik

ebenso wie eine Entwicklungspolitik „als Magd der Außen- und Sicherheitspolitik“.

Über „Perspektiven europäischer Außenpolitik“ sprachen im vierten Kongreßteil der niederländische Ministerpräsident Andries van Agt und der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl. Es gäbe keine Gründe, so sagte van Agt, daß Europa und Nordamerika „verschiedene Wege gehen“, auch wenn es in Einzelfragen Meinungsverschiedenheiten gäbe: „Vereint stehen wir, geteilt werden wir fallen.“

## Entwicklungshilfe nach politischen Kriterien

Helmut Kohl forderte angesichts der jüngsten Entwicklungen ein durch Einsatz wirtschaftlicher Mittel abgestütztes Gesamtkonzept westlicher Außen- und Sicherheitspolitik. Dieses Konzept müsse dem Vorgehen der Sowjetunion außerhalb ihres Machtbereichs verläßlich und auch in Krisen entgegenwirken. Zu einem Gesamtkonzept gehöre, daß die NATO auch für die 80er Jahre unverzichtbar und ihre Verteidigungsfähigkeit erhalten bleiben müsse, daß man sich weiterhin um militärisches Gleichgewicht bemühe und eine Politik der Verständigung und Entspannung fortsetze, daß man Konsultation und Koordination innerhalb der Allianz entscheidend verbessere und daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR koordiniert und an übergeordneten sicherheitspolitischen Zielen ausgerichtet werde.

Kohl sprach sich zugleich dafür aus, bei der Entwicklungshilfe prowestliche Länder eindeutig zu bevorzugen und die Mittel stärker als bisher nach politischen Kriterien, wenn auch ohne politische Bindungen, zu vergeben.

## ■ LV SCHLESWIG-HOLSTEIN

# Mit Franz Josef Strauß für die Wende in Bonn kämpfen

**Mit großer Geschlossenheit und voller Zuversicht geht die CDU Schleswig-Holstein in das Rennen um die Wählergunst am 5. Oktober. Die CDU des nördlichsten Bundeslandes wird alles daran setzen, ihren Beitrag für die überfällige Wende in der deutschen Politik mit Franz Josef Strauß zu leisten.**

Dieser Eindruck wurde auf dem Parteitag der CDU Schleswig-Holstein am vergangenen Wochenende in Eckernförde erneut bekräftigt. Herausragendes Ereignis dieses Parteitages war die Aufstellung der Landesliste, die nach dem eindeutigen Votum der fast 400 Delegierten von Olaf von Wrangel angeführt wird.

Der Spitzenkandidat der CDU Schleswig-Holstein gehört dem Bundestag bereits seit 1966 an und hat sich vor allem als deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hohes Ansehen erworben. Auf den weiteren Plätzen: die Quickborner Journalistin Ingrid Roitzsch, der Vertreter der Landwirtschaft, Karl Eigen, der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl-Heinz Narjes sowie der Generalsekretär der CDU Schleswig-Holstein, Harm Dallmeyer.

In einer kämpferischen Rede hatte zuvor der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, dem Unions-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß die geschlossene Unterstützung

der CDU Schleswig-Holstein versichert. Stoltenberg: „Wir führen den Wahlkampf in voller Solidarität mit Franz Josef Strauß!“ Die Bundestagswahl sei — so der Landesvorsitzende — eine historische Weichenstellung für die 80er Jahre und nicht nur für eine Legislaturperiode. Allein CDU/CSU gäben Antworten auf die drängenden Zukunftssprobleme nach den Grundvorstellungen liberaler Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft. Dabei könne es nicht um einen Wettlauf materieller Versprechungen gehen, sondern vor allem um die Bewältigung gewaltiger Hypotheken, die durch eine verfehlte Politik der SPD und FDP in Bonn erwachsen seien.

Die SPD sei in den Grundsatzfragen der Zukunft unseres Landes durch tiefgreifende Widersprüche handlungsunfähig geworden. In der Wachstumsdiskussion stehe sie heute überwiegend an der Seite der Skeptiker und Kritiker. Zugleich fördere sie unverändert eine Anspruchsinflation ohne Rücksicht auf die erkennbaren Grenzen finanzieller und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Gerhard Stoltenberg: „Nullwachstum in der volkswirtschaftlichen Leistung, extremes Wachstum bei Gesetzen, Verordnungen und Ausgaben — dieser Widerspruch muß unser Land in eine tödliche Krise führen. Deshalb ist es an der Zeit, die Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung abzulösen, um zu einem Neubeginn zu kommen.“

UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBUHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

- 14. 3. LV Westfalen-Lippe  
Landesvorstand, Dortmund
- 14. 3. LV Berlin  
Landesvorstand, Berlin
- 14. 3. LV Berlin  
Landesausschuß, Berlin
- 14. 3. LV Rheinland-Pfalz  
Landesvorstand, Mainz
- 15. 3. LV Rheinland-Pfalz  
Landesvertreterversammlung,  
Mainz
- 15. 3. LV Oldenburg  
Landesparteiausschuß, Oldenburg
- 15. 3. LV Hessen, Sozialausschüsse  
Landestagung
- 15. 3. LV Rheinland, Frauenvereinigung  
Landesausschuß, Köln
- 15. 3. LV Rheinland, Sozialausschüsse  
Landestagung, Essen
- 17. 3. CDU — Bund  
Präsidium, Bonn
- 17. 3. CDU — Bund  
Bundesvorstand, Bonn
- 19. 3. CDU — Bund  
Landesgeschäftsführerkonferenz,  
Berlin
- 20. 3. LV Saar  
Wahlkampferöffnung, Saarbrücken
- 21. 3. LV Rheinland, EAK  
Landestagung, Düsseldorf

- 21. 3. CDU — Bund  
Frauenvereinigung, Vorstand,  
Saarbrücken
- 21. 3. LV Rheinland  
Geschäftsführender Vorstand und  
Landesvorstand
- 21. 3. CDU — Bund  
Sozialausschüsse, Landessozial-  
sekretärskonferenz, Königswinter
- 22. 3. CDU Niedersachsen  
Sicherheitspolitischer Kongreß,  
Buxtehude
- 22. 3. LV Schleswig-Holstein  
Landesausschuß, Kiel
- 22. 3. LV Rheinland  
Wirtschaftsvereinigung,  
Delegiertenversammlung, Duisburg
- 22./23. 3. CDU — Bund  
Sozialausschüsse, Bundestagung  
mit DGB-Arbeitsgemeinschaft,  
Mannheim
- 25./27. 3. LV Hessen  
Kreisgeschäftsführerkonferenz  
(Seminar), Bonn
- 9. 4. LV Braunschweig  
Landesvorstand, Goslar
- 9. 4. LV Braunschweig  
Landesausschuß, Goslar
- 11. 4. Mittelstandsvereinigung  
d. CDU/CSU — Bund  
Bundesvorstand, Saarbrücken
- 11./12. 4. Mittelstandsvereinigung  
d. CDU/CSU — Bund  
25. Bundesdelegiertenversamm-  
lung, Saarbrücken

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.